

Sperrfrist Redebeginn!  
Es gilt das gesprochene Wort



**Wolfgang Kubicki, MdL**  
*Vorsitzender*

**Christopher Vogt, MdL**  
*Stellvertretender Vorsitzender*

**Dr. Heiner Garg, MdL**  
*Parlamentarischer Geschäftsführer*

Nr. 200/2015  
Kiel, Freitag, 22. Mai 2015

Umwelt/Wolf

## Oliver Kumbartzky: Debatte über Aufnahme des Wolfes ins Jagdrecht ist offen zu führen

In seiner Rede zu TOP 32 (Reduzierung des Kontaktes zwischen Mensch und Wolf) erklärt der umweltpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Oliver Kumbartzky**:

„Was sich vor einigen Jahren andeutete, ist nun Realität: Der Wolf ist wieder da. Es ist zweifelsohne ein großer Erfolg der Bemühungen im Natur- und Artenschutz, dass in Deutschland wieder Wölfe leben. Und man muss sich im Klaren darüber sein, dass der Bestand weiter steigen wird, auch in Schleswig-Holstein. Schließlich ist der Wolf anpassungsfähig und er hat keine natürlichen Feinde.

Nach den jüngsten Vorfällen – insbesondere der in Schierensee – ist auch klar, dass wir bei uns in Schleswig-Holstein eine ehrliche und sachliche Debatte darüber führen müssen, wie wir nun mit Wölfen umzugehen haben. Zu einer ehrlichen Debatte gehört auch die Frage, ob Schleswig-Holstein überhaupt ein geeigneter Lebensraum für Wölfe sein kann. Man darf nicht ausblenden – und die Piraten tun das mit ihrem Antrag leider – dass Schleswig-Holstein nicht nur das waldärmste Bundesland ist, sondern dass wir hier auch ein engmaschiges Straßen- und Wegenetz, weiträumige Weidehaltung und viel Naturtourismus haben.

Das vor einigen Jahren eingerichtete Wolfsmanagement war aus damaliger Sicht richtig. Den ehrenamtlichen Wolfsbetreuern gebührt selbstverständlich Dank und Anerkennung. Heute müssen wir uns aber den neuen Begebenheiten stellen und das vorhandene Wolfsmanagement kritisch überprüfen und auch weitere Maßnahmen ergreifen. Das hat auch Umweltminister Habeck zumindest teilweise erkannt – doch leider etwas spät. Es musste erst zu den besagten Vorfällen kommen, ehe reagiert wurde. Und man muss es so sagen: Minister Habeck wirkt beim Thema Wolf recht hilflos. Es ist jetzt die Aufgabe der Landesregierung, die Sorgen von Schäfern und ande-

ren Nutztierhaltern sowie die vorhandenen Ängste der Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen.

Ich möchte drei Aspekte herausstellen.

Erstens: Die Landesregierung muss ihre Informationspolitik zum Thema Wolf deutlich verbessern. Wir brauchen schnell aktuelle Hinweise und Informationen für alle Menschen, die mit dem Wolf in Kontakt treten könnten. Das gilt für Wanderer und Hundehalter ebenso wie für die Jäger und Landwirte. Nur durch aktive Aufklärung können Vorurteile und Ängste gegen Wölfe abgebaut werden.

Zweites: Es bedarf klarer Regelungen für Prävention und Schadensersatz. Gerade der Schadensersatz muss unbürokratisch, schnell und vollständig erfolgen. Wolfangriffe auf Schafherden belasten den Schäfer und seine Familie enorm. Die langen Wartezeiten für den Wolfnachweis strapazieren die Geschädigten zusätzlich. Das Verfahren muss deutlich optimiert werden.

Drittens ist folgende Frage dringend zeitnah zu beantworten: Wie ist mit einem Wolf umzugehen, der spätnachts durch eine Kollision mit einem Fahrzeug am Straßenrand liegt und mit dem Tode ringt? Wer erlöst das Tier? Sollten hier nicht die gleichen Regeln gelten wie sie bei jedem anderen Wildtier auch? Der Umweg über das Ministerium bzw. einen Amtstierarzt kann nicht tierschutzgerecht sein. Es kann nicht sein, dass erst lange Meldestränge und Ferndiagnosen erfolgen müssen, ehe jemand mit Sachkunde und Genehmigung vor Ort ist.

Wir sollten wirklich offen eine Debatte darüber führen, ob man den Wolf ins Jagdrecht überführt – selbstverständlich unter ganzjähriger Schonung. Ich halte es für falsch, die Aufnahme ins Jagdrecht von vornherein auszuschließen. Denn gerade für den eben skizzierten Fall muss schnell im Sinne des Tierwohls gehandelt werden.

Darüber hinaus stellt sich noch die Frage, wie mit verhaltensauffälligen Wölfen ohne Scheu umzugehen ist. Auch hier könnte die Jägerschaft Unterstützung leisten.

Um es zusammenzufassen: Die alleinige Zuständigkeit einiger Wolfsbetreuer ist wirklich kritisch zu überprüfen. Eine Einbindung der Jägerschaft wäre angebracht und sie wird ja auch angeboten. Auf dieses Angebot zu verzichten wäre nahezu sträflich.

Wir brauchen im Land mehr Fach- und Sachkundige, die im Fall der Fälle mit der Rückendeckung aus dem Ministerium und den entsprechenden Befugnissen schnell reagieren können.

Die momentane Habeck'sche Hilflosigkeit wird weder dem Wolf, noch den Menschen und den Nutztieren gerecht. Die vorhandenen Regelungen passen nicht mehr zur aktuellen Situation. Es hat in der Vergangenheit an der einen oder anderen Stelle viel Verharmlosung gegeben. Jetzt bedarf es klarer, neuer Spielregeln.“